

Zeitschrift: Schweizer Schule
Band: 73 (1986)
Heft: 1

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

te den Computer am liebsten grundsätzlich aus der Schule verbannen. Eine kleine Mehrheit sieht ein, dass man sich nicht in diesem Ausmass dagegen wehren kann, wünscht jedoch eine sehr kontrollierte und vorsichtige Einführung des Computers in den schulischen Alltag. Dies bedingt, dass man die einzelne Lehrperson sorgfältig und differenziert auf den Umgang mit dem Computer in entsprechenden Kursen vorbereitet.

Die Teilnehmer äusserten sich im allgemeinen sehr zufrieden über Tagungsablauf und Inhalt und wünschten sich eine regelmässige Fortsetzung in ähnlicher Form zu anderen aktuellen Themen.

Otto Eder

Schulszene Schweiz

Die Vorverlegung des Französischunterrichts in der Ostschweiz

Die Konferenz der Erziehungsdirektoren der Ostschweiz (EDK-Ost) empfiehlt den ihr angeschlossenen Kantonen die Vorverlegung des Französischunterrichtes in den Primarschulen spätestens zum Jahr 1996. Wie die Erziehungsdirektoren der Kantone St. Gallen, Thurgau und Zürich in Frauenfeld ausführten, soll dann in den fünften Klassen mit dem Unterricht der ersten Fremdsprache begonnen werden. Damit würden die Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektoren aus dem Jahr 1975 in die Tat umgesetzt.

Schulkoordination

Der sankt-gallische Erziehungsdirektor *Ernst Rüesch* führte zu Beginn der Presseinformation aus, dass das Verstehen einer Fremdsprache heute praktisch unerlässlich sei. Die Mitglieder der EDK-Ost seien deshalb überzeugt, dass es an der Zeit sei, die *Schulkoordination* in der Schweiz auch auf den Sprachunterricht auszudehnen.

Nach *Aldo Widmer* von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Kantons St. Gallen sollen bis 1990 die Vorbereitungsarbeiten für die Vorverlegung des Französischunterrichtes in den Ostschweizer Kantonen abgeschlossen sein, bis spätestens 1996 sollte dann auch mit dem Unterricht begonnen werden. Vorgesehen sind zwei Lektionen pro Woche, wobei allerdings gewünscht sei, diese auf etwa vier halbe Unterrichtsstunden zu verteilen. Gleichzeitig müsse auch die Lehrerfort- und -ausbildung verstärktes Gewicht auf die französische Sprache legen.

Nicht allzu begeistert von den Entscheiden der EDK-Ost zeigte sich der neu gewählte Zentralsekretär des Schweizerischen Lehrervereins (SLV), *Urs Schiltknecht*. Entsprechend einer SLV-Resolution von Ende November vermerkte er, dass die Versuche mit Französischunterricht in der Primarschule in den verschiedenen Kantonen erfreulich

breit angelegt gewesen seien. Allerdings hätten sie grundsätzliche Fragen zu diesem Problem nicht klären können. Die Lehrer forderten deshalb, dass der Stoffdruck und die Belastung für Lehrer und Schüler nicht grösser werden dürfe. Ausserdem müsse die Lehreraus- und -weiterbildung sehr gründlich erfolgen.

Während die letzte Aussage von den drei Erziehungsdirektoren voll anerkannt wurde, widersprachen sie der Kritik an den Schulversuchen. Diese seien nicht nur umfassend, sondern auch sehr langfristig angelegt gewesen. Bei den Aussagen des SLV handle es sich, so der Zürcher Regierungsrat *Alfred Gilgen*, nur um eine «Verzögerungstaktik». Und wenn heute noch wichtige Fragen nach Meinung der Lehrer ungeklärt seien, so könne das höchstens daran liegen, dass diese wichtigen Fragen von den Lehrern nicht gestellt worden seien. Von einer Weiterführung der Versuche seien jedenfalls keine neuen Erkenntnisse zu erwarten.

Dieselbe Meinung vertrat auch der thurgauische Erziehungsdirektor *Arthur Haffter*. Er verwies zusätzlich auf Erfolgskontrollen bei Schülern. Diese hätten ergeben, dass vor allem bei schwächeren Schülern der frühere Französischunterricht gute Erfolge gebracht habe.

EDK-Empfehlung erst von fünf Kantonen voll realisiert
In der Schweiz haben bisher *fünf Kantone* die Empfehlungen der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz von 1975 *voll realisiert*. Das sind Basel-Stadt, Freiburg, Bern, Tessin und das Wallis. In Baselland, Genf, Solothurn, Neuenburg und der Waadt sind die Änderungen bereits im Gang oder mindestens *beschlossen*. Lediglich die Innerschweizer Kantone, Schaffhausen, Ausserrhoden und Graubünden hatten bisher *keine Massnahmen* zur Verwirklichung der Beschlüsse getroffen. Die übrigen Kantone haben Versuchsklassen geführt.

(NZZ vom 6.12.85)

Tagesschule aus Frauensicht

Die Einführung *freiwilliger öffentlicher Tagesschulen* soll geprüft werden. Dies regt die von Nationalrätin *Geneviève Aubry* (BE) präsiidierte *Arbeitsgruppe «Frau und Politik»* der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) an. Zudem soll die Idee der *Blockzeit-schule* zur Diskussion gestellt werden. Die Anregungen seien Voraussetzung dafür, dass sich *Mütter* frei entscheiden können zwischen der Ausübung der Pflichten als *Hausfrau* und der Verbindung der Aufgabe als Hausfrau mit einer *beruflichen Tätigkeit*.

Lehre wird immer beliebter

Fast zwei von drei Mädchen und vier von fünf Knaben entscheiden sich heute nach Schulaustritt für eine Berufslehre. Gegenüber 1975 hat damit die Neigung, eine Berufslehre zu machen, bei den weiblichen Jugendlichen um 44 % und bei den männlichen Lehranwärtern um 12 % zugenommen.

Gesamthaft betrachtet übersteigt das Lehrstellenangebot heute die Nachfrage dabei um schätzungsweise 10 %. Zu diesem Ergebnis kommt die vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) eingesetzte «Arbeitsgruppe Jugendliche und Arbeitsmarkt».

Wie das Biga mitteilt, bestehen je nach Region, Berufsgruppe oder Beruf dennoch teilweise beträchtliche Ungleichheiten auf dem Lehrstellenmarkt. So übersteige die Nachfrage an Lehrstellen das Angebot hauptsächlich bei den kaufmännischen Angestellten, bei den Berufen der Elektronik, des Kunsthandwerks sowie teilweise des Verkaufs, der Körperpflege und auch des Gartenbaus. Umgekehrt könnten in folgenden Berufsgruppen zuwenig Lehrlinge rekrutiert werden: Bauhaupt- und Bauneben-gewerbe, Gastgewerbe, Textil- und Bekleidungsindustrie, Druckindustrie sowie Metall- und neuerdings auch Maschinenindustrie. Einzelne Berufszweige bekunden laut Biga Mühe, Jugendliche zu finden, die den erhöhten Anforderungen von Betrieb und Berufsschule gewachsen sind. Unangemessene Berufswünsche endeten nicht selten mit einem Lehrabbruch.

In den nächsten Monaten werden laut Biga erneut gegen 65 000 Burschen und Mädchen, welche die obligatorische Schulzeit abschliessen, eine Berufslehre in einem der rund 300 Lehrberufe beginnen.

Die Kritik an der Hochschulförderung

Möglicherweise werden die an der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats an die Organe der Hochschulförderung gerichteten Vorwürfe von einer neutralen, unabhängigen Instanz unter die Lupe genommen. Im schriftlichen Verfahren hat sich der *Bundesrat* bereit erklärt, eine entsprechende *Forderung der grünen Berner Nationalrätin Leni Robert* zu prüfen.

Nach Ansicht von Nationalrätin Robert enthielt der Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) über die Inspektion der Hochschulförderung, der in der Sommersession vom Plenum behandelt wurde, eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe und Verdächtigungen gegenüber den Kantonen und zum Teil auch den Bera-

tungs- und Koordinationsorganen Wissenschaftsrat und Hochschulkonferenz. Diese dürften nicht im Raum stehengelassen werden, wolle man der Hochschulförderung insgesamt und dem partnerschaftlichen Verhältnis von Bund und Kantonen im Hochschulwesen nicht dauernden schweren Schaden zufügen.

Förderung der Informatik und der Ingenieurwissenschaft

Der Bundesrat hat eine weitere Vorlage an die eidgenössischen Räte verabschiedet, in der er *Sondermassnahmen im Umfang von 207 Millionen Franken* zugunsten der Ausbildung und Weiterbildung sowie der Forschung in der Informatik und den Ingenieurwissenschaften beantragt. Mit diesen Massnahmen soll der Anschluss an internationale Entwicklungen auf dem Gebiet der Spitzentechnologien sichergestellt und der bestehende Rückstand gegenüber anderen Industrienationen aufgeholt werden.

Die Sondermassnahmen betreffen *befristete einmalige Leistungen im Sinne eines Impulses*. Sie sollen grössere Vorhaben zugunsten der Forschung im gesamtschweizerischen Interesse ermöglichen, dringende Bedürfnisse der beiden bundeseigenen Hochschulen abdecken und die Kantone bei deren Bemühungen um den Ausbau der Informatik an ihren eigenen Hochschulen und Höheren Technischen Lehranstalten unterstützen. Die Geltungsdauer der Sondermassnahmen ist *auf fünf Jahre beschränkt* und auf die Periode vom 1. Oktober 1986 bis zum 30. September 1991 festgelegt.

Im Zentrum der Sondermassnahmen steht die *Finanzierung von zusätzlichen, befristeten Stellen für Dozenten und Assistenten*, um die Betreuung der Studenten trotz weiter steigenden Studentenzahlen zu verbessern, die Dozenten zugunsten von Forschungsaufgaben zu entlasten und für die Heranbildung von Nachwuchskräften Weiterbildungsmöglichkeiten im In- und Ausland zu schaffen. Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Beschaffung von *Arbeitsplatzstationen für die Informatikausbildung* und den Einsatz der Informatik als Hilfsdisziplin in den übrigen Hochschulbereichen.

«Arbeitsgemeinschaft Jugend und Massenmedien» aufgelöst

Die «*Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Jugend und Massenmedien*» (AJM), die 1959 als «Arbeitsgemeinschaft Jugend und Film» gegründet worden war, hat sich anlässlich der Generalversammlung vom 23. November 1985 in Zürich aufgelöst.

Ziel der AJM war die Förderung der Medienpädagogik im schulischen und ausserschulischen Bereich. Sie veranstaltete dazu zahlreiche Kurse, unterhielt eine Auskunfts- und Dokumentationsstelle und gab eine Fachzeitschrift heraus. Drastische Subventionskürzungen zwangen die Arbeitsgemeinschaft 1977 zur Aufgabe der Geschäftsstelle. Dennoch führte die AJM weiterhin Kurse über Filmrezeption, Medienverständnis usw. durch. Die Finanzierung dieser Aktivitäten wurde zunehmend schwieriger, so dass sich Vorstand und Mitglieder gezwungen sahen, den Verein aufzulösen.